

Erstbauberatungen durch Architektinnen und Architekten sowie Fachplanerinnen und Fachplaner in Altort- und Sied- lungsbereichen des Landkreises Schweinfurt

V e r t r a g

zwischen

dem Landkreis Schweinfurt,
vertreten durch Sachgebiet 12, Kreisentwicklung, Regionalmanagement,
Schrammstraße 1, 97421 Schweinfurt,
Tel. 09721 / 55-0, Fax 09721 / 55-337, E-Mail info@lrasw.de
nachstehend Auftraggeber (AG) genannt

und

.....,
.....,
Tel., Fax, E-Mail
nachstehend Auftragnehmer (AN) genannt

über

Erstbauberatungen durch Architektinnen und Architekten bzw. Fachplanerinnen und Fachplaner

1. Vertragszweck

Vertragsgegenstand ist die begleitende Beratung und gutachterliche Unterstützung des AG, der jeweiligen Gemeinde, Marktgemeinde und Stadt, nachstehend Kommune genannt, sowie des Beratungssuchenden in gestalterischen, baulichen, energetischen, wirtschaftlichen, sozialkulturellen, grünordnerischen und denkmalpflegerischen Fragen bei der Planung und Ausführung von Maßnahmen in festgelegten Altort-Bereichen sowie für in Siedlungsbereichen befindliche Gebäude mit einem Mindestalter von 60 Jahren. Ausgeschlossen sind insbesondere Gebäude im Außenbereich der Orte und Splittersiedlungen, Ausnahme: die fallbezogene Prüfung der Förderwürdigkeit in Einzelfällen im Hinblick auf bauhistorische oder baukulturelle Aspekte, z. B. bei historischen Mühlen.

Gegenstand des Vertrags sind neben dem Inhalt des Vertrags auch die Inhalte der Leistungsbeschreibung. Soweit hier sich widersprechende Regelungen enthalten sein sollten, gelten in folgender Reihenfolge vorrangig

1. Die Regelungen dieses Vertrags,
2. Die Regelungen der Leistungsbeschreibung,
3. Die Inhalte der Förderrichtlinie für Erstbauberatungen in Altort- und Siedlungsbereichen des Landkreises Schweinfurt
4. Die Regelungen des BGB

2. Leistungen des Auftragnehmers

Die Beratung erfolgt aufgrund der Einreichung eines Beratungsgutscheins durch den Beratungssuchenden. Sie erstreckt sich auf alle zur ordnungsgemäßen Ausführung des Auftrages

notwendigen Tätigkeiten, immer unter dem Aspekt der Einordnung in das städtebauliche Umfeld, wie

- Fachliche Beratung der Beratungssuchenden bei Um-, An- und Ausbaumaßnahmen sowie Erhaltung, Umnutzung und Gestaltung von innerörtlichen Wohn-, Wirtschafts- und Nebengebäuden, einschließlich Abbruchmaßnahmen mit Entsiegelung, Ersatz- und Neubauten sowie Gestaltung von Vorbereichs- und Hofräumen
- Beratung und Stellungnahme zu baurechtlichen Verfahren und Fördermöglichkeiten
- Fertigung von Skizzen zur Darstellung von Lösungen und Alternativen für das Bauvorhaben und dessen städtebauliche Einbindung
-
- Gutachterliche Unterstützung insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit einer Abrissmaßnahme

Ähnlich gelagerte Fälle sollen möglichst in einem Termin zusammengefasst werden. Das Ergebnis der Beratung ist jeweils in einem Protokoll, Skizzen und einer Fotodokumentation festzuhalten, die dem AG und der jeweiligen Gemeinde digital im PDF-Format sowie dem Beratungssuchenden analog innerhalb einer Frist von vier Wochen nach der Beauftragung zu übersenden sind. Darin sind auch der jeweilige Antragsteller, die Gutscheinumnummer sowie die Dauer der Gesamtberatung anzugeben. Weiterhin sind Angaben zur Bestandsbeschreibung, zum Wunsch des Bauherrn sowie konkrete Hinweise zur Nachfolgegestaltung im Protokoll vorzunehmen. Das Protokoll sollte mindestens zwei, im Regelfall nicht mehr als sechs Seiten Fließtext umfassen (zzgl. Förderhinweisen, Fotos, Skizzen, Plänen sowie sonstigen Anlagen/Abbildungen), für die Bestandsbeschreibung können abweichend auch tabellarische Auflistungen genutzt werden.

Der Beratungssuchende ist dazu berechtigt, das Protokoll und die gefertigten Skizzen kostenfrei für das weitere Bauvorhaben zu nutzen.

3. Leistungen des Auftraggebers

Der AG stellt die für die Bearbeitung des Auftrages erforderlichen Unterlagen, insbesondere Luftbilder und Flurkarten, soweit vorhanden, zur Verfügung.

4. Vergütung

Die Vergütung richtet sich nach den Grundsätzen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) und erfolgt für die Beratungsleistungen nach Zeitaufwand.

Für die Beratung wird in der Regel ein Zeitaufwand von max. 5 Stunden einschließlich erforderlicher Innendienstarbeiten zugrunde gelegt. Grundsätzlich entspricht ein Beratungsgutschein einem Geldwert von max. 500 Euro brutto. Bei aufwendigen Maßnahmen kann der für den Ausnahmefall mit dem Landkreis Schweinfurt vorab vereinbarte Zeitaufwand verrechnet werden.

Für jeden Beratungsgutschein wird nur eine Beratung in diesem Sinne vergütet.

Vereinbart werden als Höchstsätze für Zeithonorare:

- | | |
|--|----------------|
| – Büroinhaber / Projektleiter | 85,-- € / Std. |
| – Technischer Mitarbeiter | 60,-- € / Std. |
| – Technischer Zeichner und sonstige Mitarbeiter mit vergleichbarer Qualifikation | 50,-- € / Std. |

Die Kosten der Schreibkräfte sind mit den Stundensätzen bereits abgegolten.

Sämtliche Nebenkosten werden in Form einer Pauschale von max. 8 % des Nett honorars vergütet. Die Umsatzsteuer wird gemäß §16 HOAI zum jeweils bei der Abrechnung gültigen Satz zusätzlich zu dem Honorar und den Nebenkosten in Rechnung gestellt.

Die Abrechnung mit dem AG erfolgt in gebündelter Form (halbjährlich jeweils zum 30.06. und 31.12.). Die Vergütung für eine Beratung wird nicht vor Übermittlung des Beratungsergebnisses im Sinne von Nr. 2 an den AG fällig.

Der AN hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Anzahl von Beratungsfällen.

5. Vertragsdauer

Der Vertrag tritt in Kraft, sobald er von den Vertragspartnern unterschrieben worden ist und endet mit dem 30.04.2024. Dieser Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf der Vertragszeit von einer Partei gekündigt wird. Er endet spätestens mit dem 30.04.2028 oder nach vollständiger Ausgabe aller zur Verfügung stehenden Beratungsgutscheine bzw. Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

6. Herausgabeanspruch, Nutzungs- und Verwertungsrechte

Der AG erwirbt ohne weitere Entschädigung die ausschließlichen, auf alle Nutzungsarten bezogenen unbeschränkten Nutzungsrechte an der Leistung, insbesondere das Veröffentlichungsrecht, einschließlich des Rechts der Vorabinformation nach § 12 Abs. 2 UrhG sowie das Recht der Vervielfältigung und der Verbreitung der Leistung oder einzelner Arbeitsergebnisse, ferner das Vortrags-, Vorführungs- und Verfilmungsrecht.

Veröffentlichungen des AN über die erbrachte Vertragsleistung bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Bei sämtlichen Veröffentlichungen durch den AG ist der AN als Verfasser anzugeben.

7. Haftung und Verjährung

Gewährleistungs- und Schadensersatzansprüche sowie die Verjährung richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Soweit dieser Vertrag nichts Abweichendes enthält, finden die Bestimmungen des BGB, insbesondere die des Werkvertragsrechts, sowie die der HOAI ergänzende Anwendung.

8. Verpflichtung

Sämtliche vom AG im Zusammenhang mit dem Projekt zur Verfügung gestellten Daten sowie die Daten aus der Projektbearbeitung sind vom AN vertraulich zu behandeln. Der AN und alle seine mit der Erledigung der Arbeiten beauftragten Mitarbeitenden verpflichten sich zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen.

Die Mitarbeitenden wurden auf folgende Strafvorschriften des Strafgesetzbuches hingewiesen:

§ 133 Abs. 3	Verwahrungsbruch
§ 201 Abs. 3	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes
§ 203 Abs. 2, 4, 5	Verletzung von Privatgeheimnissen
§ 204	Verwertung fremder Geheimnisse
§§ 331, 332	Vorteilsannahme und Bestechlichkeit
§ 353b	Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht
§ 358	Nebenfolgen
§ 97b Abs. 2 in Verbindung mit §§ 94 bis 97	Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses
§ 120 Abs. 2	Gefangenenerbefreiung
§ 355	Verletzung des Steuergeheimnisses

Die Mitarbeitenden wurden darüber belehrt, dass die vorgenannten Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für sie anzuwenden sind.

9. Erfüllungsort, Streitigkeiten und Gerichtsstand

Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist der Landkreis Schweinfurt.
Gerichtsstand ist Schweinfurt.

10. Änderungen des Vertrages

Änderungen, Ergänzungen und Kündigungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Für den Auftraggeber

....., den
.....
.....

Für den Auftragnehmer

....., den
.....
.....